

DIE LINKE.

Stadtverband Halle Arbeitsmaterialien zur Gesamtmitgliederversammlung am 01. März 2014

Vorschlag zur Tagesordnung

Der Stadtvorstand schlägt den Mitgliedern folgende Tagesordnung vor:

1. Konstituierung der Mitgliederversammlung
2. Wahl der Kandidatinnen und Kandidaten für die Stadtratswahl
 - Vorstellung der Bewerberinnen und Bewerber
 - Wahl der Listen für die 5 Wahlbereiche
3. Beschluss über das Kommunalwahlprogramm.

Entwurf der Geschäftsordnung der Gesamtmitgliederversammlung des Stadtverbandes der Partei DIE LINKE Halle

1. Die Gesamtmitgliederversammlung wählt als Arbeitsgremien in offener Abstimmung die Tagungsleitung, die Mandatsprüfungskommission, die Wahlkommission und die Antragskommission.
2. Die Gesamtmitgliederversammlung wird durch die von ihr gewählte Tagungsleitung geleitet.
3. Der Ablauf der Gesamtmitgliederversammlung erfolgt entsprechend der von ihr beschlossenen Tagesordnung.
4. Alle angemeldeten Mitglieder des Stadtverbandes haben Beschlussrecht, sofern die Satzung nichts anderes bestimmt. Die in Halle organisierten Mitglieder des Jugend- und Studierendenverbandes haben Beschlussrecht sowie das aktive Wahlrecht.
5. Wahlen werden auf Grundlage der vom Bundesparteitag beschlossenen Wahlordnung durchgeführt und von der Wahlkommission geleitet.
6. Rederecht haben alle Mitglieder der Partei DIE LINKE, Gästen kann auf Antrag durch Abstimmung der Gesamtmitgliederversammlung Rederecht eingeräumt werden. Wortmeldungen sind der Tagungsleitung anzuzeigen. Die Reihenfolge der RednerInnen wird innerhalb der beschlossenen Tagesordnung durch die Reihenfolge der Wortmeldungen und die Quotierung bestimmt. Die Redezeit beträgt 5 Minuten. Längere Redezeiten sind vor Beginn der Rede zu beantragen und durch die Gesamtmitgliederversammlung zu bestätigen. Die Mitglieder haben das Recht, Anfragen an die DiskussionsrednerInnen zu stellen. Die Tagungsleitung kann die Anzahl der Anfragen an DiskussionsrednerInnen begrenzen.
7. Anträge an die Gesamtmitgliederversammlung sollen schriftlich eingereicht werden. Mündlich formulierte Anträge sind vom Antragsteller gemeinsam mit der Antragskommission schriftlich auszufertigen. Anträge, die nach Antragschluss gestellt werden, sind schriftlich einzureichen und erfordern, wenn sie zur Beratung im Plenum kommen sollen, die Unterschrift von mindestens 5 der anwesenden Mitglieder. Antragschluss ist um Uhr.
8. Zur Begründung selbständiger Anträge erhalten zunächst die AntragstellerInnen das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt 5 Minuten. Es erhält jeweils ein/e Redner/in dafür und ein/e Redner/in dagegen das Wort, die Redezeitbegrenzung beträgt 2 Minuten.
9. Die Gesamtmitgliederversammlung kann mit einer absoluten Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder eine Ausdehnung der Antragsdebatte beschließen.
10. Die Abstimmung über Anträge und Änderungsanträge zu diesen, erfolgt im Komplex mit dem Bericht der Antragskommission, falls die Gesamtmitgliederversammlung nichts anderes beschließt.
11. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich und außerhalb der Reihenfolge der eingereichten DiskussionsrednerInnen gestellt werden. Vor der Abstimmung darüber erhält ein/e Redner/in dafür und ein/e Redner/in dagegen das Wort. Die Redezeit beträgt für Antragsteller/in sowie Für- und Gegenredner/in jeweils maximal 2 Minuten. Bei laufender Abstimmung können Anträge zur Geschäftsordnung nicht gestellt werden.
12. Beschlüsse werden durch die Gesamtmitgliederversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder gefasst, wenn kein anders lautender Antrag zum Abstimmungsverfahren gestellt wird und sofern die Satzung nichts anderes bestimmt. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Die Abstimmung erfolgt durch Erheben der Stimmkarte.
13. Auf Antrag kann mit einfacher Mehrheit der Stimmen der anwesenden Frauen ein Frauenplenum der Gesamtmitgliederversammlung in offener Abstimmung einberufen werden. Beschlüsse des Frauenplenums haben Veto-Charakter, sie können nur mit Zwei-Drittel-Mehrheit aller anwesenden Mitglieder zurückgewiesen werden. Das Frauenplenum ist Bestandteil der Verhandlungen der Gesamtmitgliederversammlung, für die Tagungsmodalitäten macht die Tagungsleitung Vorschläge.
14. Persönliche Erklärungen der anwesenden Mitglieder können nach Beendigung des jeweiligen Tagesordnungspunktes abgegeben werden. Die Redezeit beträgt maximal 2 Minuten.
15. Die Sitzungen der Gesamtmitgliederversammlung sind öffentlich. Über die Durchführung geschlossener Sitzungen beschließt die Gesamtmitgliederversammlung auf Antrag mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder.
16. Funktelefone sind im Beratungsraum auszuschalten.
17. Die Annahme der Geschäftsordnung erfolgt mit einfacher Stimmenmehrheit der Anwesenden. Änderungen der beschlossenen Geschäftsordnung sind mit Zwei-Drittel-Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder möglich.

Auszug aus der Bundessatzung

§ 10 Geschlechterdemokratie

(1) Die politische Willensbildung der Frauen in der Partei ist aktiv zu fördern. Es ist Ziel der Partei, dass Frauen weder diskriminiert noch in ihrer politischen Arbeit behindert werden. Frauen haben das Recht, innerhalb der Partei eigene Strukturen aufzubauen und Frauenplenen einzuberufen.

(5) Bei der Aufstellung von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern für Parlamente und kommunale Vertretungskörperschaften ist auf einen mindestens hälftigen Frauenanteil in der Fraktion bzw. in der Abgeordnetengruppe hinzuwirken. Bei Wahlvorschlagslisten sind einer der beiden ersten Listenplätze und im Folgenden die ungeraden Listenplätze Frauen vorbehalten, soweit Bewerberinnen zur Verfügung stehen. Hiervon unberührt bleibt die Möglichkeit der Versammlung, einzelne Bewerberinnen abzulehnen. Reine Frauenlisten sind möglich.

Auszug aus der Wahlordnung

§ 1 Geltungsbereich

(1) Diese Wahlordnung gilt für alle Wahlen innerhalb der Partei.

(2) Sie gilt, vorbehaltlich besonderer Bestimmungen der Wahlgesetze, auch für Versammlungen zur Aufstellung von Wahlbewerberinnen und -bewerbern für öffentliche Wahlen.

§ 2 Wahlgrundsätze

(1) Es gilt allgemein der Grundsatz der freien, gleichen und geheimen Wahl.

(3) Eine Versammlung kann im Rahmen des Grundsatzes nach Absatz 1 und im Rahmen der Bundessatzung ergänzende oder abweichende Bestimmungen zu den §§ 8 und 10 bis 12 treffen. Ein entsprechender Versammlungsbeschluss kann jedoch niemals rückwirkend auf eine bereits stattgefundenen Wahlhandlung angewendet werden.

§ 3 Ankündigung von Wahlen

(2) Wahlen können nur stattfinden, wenn zur Wahl spätestens 10 Tage vorher eingeladen wurde.

§ 5 Wahl für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate

(1) Wahlen für unterschiedliche Parteiämter oder Mandate finden in jeweils gesonderten Wahlgängen nacheinander statt. Die Versammlung kann entscheiden, dass Wahlgänge parallel stattfinden können.

(2) Bei parallel stattfindenden Wahlgängen ist eine gleichzeitige Wahlbewerbung auch dann möglich, wenn die gleichzeitige Annahme der zu wählenden Parteiämter und Mandate ausgeschlossen ist.

(3) Bei der Aufstellung der einzelnen Listenplätze von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen ist analog zu verfahren. (Ausnahme: siehe § 6 Absatz 4)

§ 6 Wahl für gleiche Parteiämter oder Mandate

(1) Wahlen für mehrere gleiche Parteiämter oder Mandate werden in der Regel in zwei aufeinander folgenden Wahlgängen durchgeführt. Dabei werden im ersten Wahlgang die gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung

(Bundessatzung § 10 Absatz 4) den Frauen vorbehaltenen Parteiämter oder Mandate besetzt. Im zweiten Wahlgang werden die danach verbleibenden Parteiämter oder Mandate besetzt.

(2) Beide Wahlgänge können, auf Beschluss der Versammlung, parallel stattfinden, wenn nicht mehr Frauen vorgeschlagen werden als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt mindestens gewählt werden sollen oder wenn alle (weiblichen) Bewerberinnen bereits vorab auf die Teilnahme am zweiten Wahlgang verzichten. Die Teilung in zwei Wahlgänge entfällt, wenn nicht mehr Männer vorgeschlagen werden, als gemäß den Vorgaben zur Geschlechterquotierung insgesamt höchstens gewählt werden können.

(4) Bei der Aufstellung von Wahlvorschlagslisten für öffentliche Wahlen können nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss mehrere aufeinander folgende Listenplätze wie gleiche Mandate behandelt werden. Dabei werden in dem gemäß der Geschlechterquotierung den Frauen vorbehaltenen ersten Wahlgang die ungeraden, im zweiten Wahlgang die geraden Listenplätze, jeweils in der Reihenfolge der erreichten Ja-Stimmen-Zahlen, besetzt. (Bundessatzung § 10 Absatz 5)

§ 7 Wahlvorschläge

(1) Jedes Parteimitglied kann Wahlvorschläge unterbreiten oder sich selbst bewerben. Für weitere Wahlgänge nach § 12 können nur wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Wahlvorschläge unterbreiten.

(2) Wahlvorschläge müssen schriftlich eingereicht werden. Das schriftliche Einverständnis der Vorgeschlagenen muss vorliegen. (elektronische Übermittlung ist ausreichend).

(3) Wenn eine vorgeschlagene Person in der Wahlversammlung selbst anwesend ist, kann sowohl der Wahlvorschlag als auch die Zustimmung der Bewerberin bzw. des Bewerbers durch Zuruf erfolgen. Auf Zuruf können jedoch nur wahlberechtigte Versammlungsteilnehmerinnen und -teilnehmer Wahlvorschläge unterbreiten.

(4) Wahlvorschläge sind bis zum Abschluss der Bewerberinnen- und Bewerberliste für den entsprechenden Wahlgang zulässig.

(5) Alle vorgeschlagenen Bewerberinnen und Bewerber erhalten eine angemessene Redezeit zu ihrer Vorstellung. Über die angemessene Zeit und über Möglichkeit und Umfang von Fragen an Bewerberinnen und Bewerber und Stellungnahmen zu Bewerberinnen und Bewerbern ist durch Versammlungsbeschluss zu entscheiden. Dabei sind die Bewerberinnen und Bewerber für gleiche Parteiämter oder Mandate gleich zu behandeln.

§ 8 Stimmenabgabe

(1) Stimmzettel in einem Wahlgang müssen in Form und Farbe einheitlich sein.

(2) In jedem Wahlgang sind alle Bewerberinnen und Bewerber in alphabetischer Reihenfolge auf einen einheitlichen Stimmzettel aufzunehmen.

(3) Jede und jeder Wahlberechtigte hat das Recht, hinter dem Namen jeder Bewerberin und jedes Bewerbers mit Ja, mit Nein oder mit Enthaltung zu stimmen. Fehlt eine Kennzeichnung, ist dies eine Enthaltung.

(4) Die Zahl der zulässigen Ja-Stimmen in einem Wahlgang ist auf die Zahl der zu besetzenden Parteiämter oder Mandate begrenzt. Die zulässige Zahl der Ja-Stimmen muss bei der Stimmabgabe nicht ausgeschöpft werden.

(5) Ist die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber in einem Wahlgang größer als die Zahl der zu besetzenden Parteiämter oder Mandate, entfällt die Möglichkeit von Nein-Stimmen.

§ 10 Erforderliche Mehrheiten

(1) Grundsätzlich sind mit Ausnahme der Regelung in Absatz 2 in einem Wahlgang diejenigen gewählt, bei denen die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist, als die zusammengefasste Zahl der gültigen Nein-Stimmen und der gültigen Enthaltungen (absolute Mehrheit). Durch Satzung oder durch Versammlungsbeschluss kann für bestimmte Ämter auch ein höheres Quorum bestimmt werden.

(2) Bei Delegiertenwahlen oder – nach einem entsprechenden Versammlungsbeschluss – auch bei anderen Wahlen ist es ausreichend, wenn die Zahl der gültigen Ja-Stimmen größer ist als die Zahl der gültigen Nein-Stimmen (einfache Mehrheit). In Wahlgängen ohne die Möglichkeit von Nein-Stimmen haben die Bewerberinnen bzw. Bewerber die einfache Mehrheit erreicht, wenn sie auf mindestens einem Viertel der gültigen Stimmzettel gewählt wurden. Durch Versammlungsbeschluss kann ein anderes Mindestquorum bestimmt werden.

§ 11 Reihenfolge der Wahl und Verfahren bei Stimmgleichheit

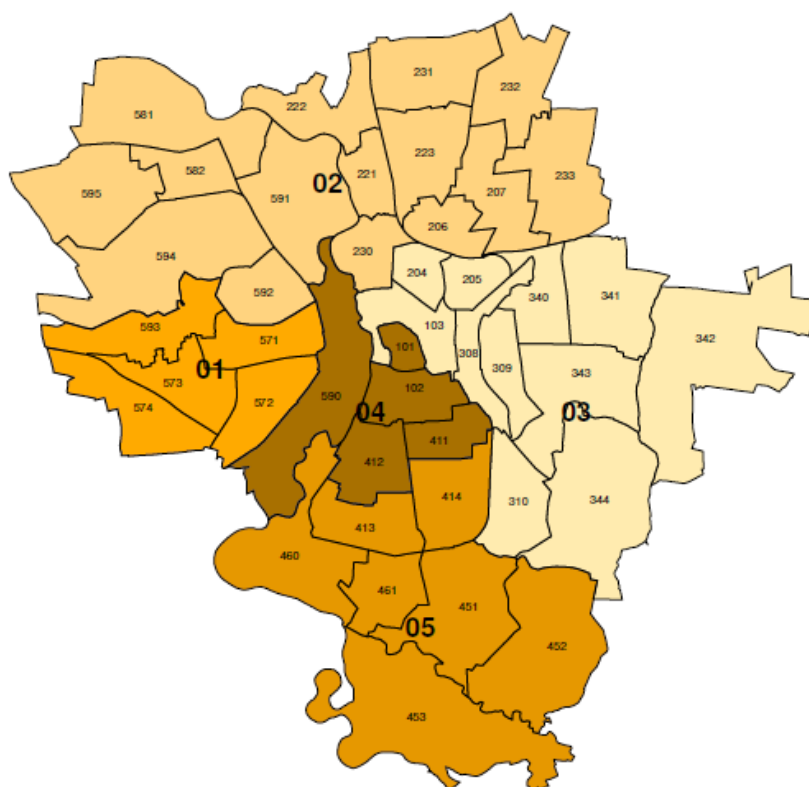
(1) Haben in einem Wahlgang mehr Bewerberinnen oder Bewerber die jeweils erforderliche Mehrheit erreicht, als überhaupt Parteiämter oder Mandate zu besetzen waren, sind die Bewerberinnen und Bewerber mit den höchsten Stimmen-Zahlen gewählt.

(3) Entfällt auf mehrere Bewerberinnen bzw. Bewerber die gleiche Stimmenzahl, entscheidet eine Stichwahl. Kommt auch die Stichwahl zu keinem Ergebnis entscheidet das Los.

§ 12 Weitere Wahlgänge und Stichwahlen

(2) In einer Stichwahl stehen diejenigen noch nicht gewählten Bewerberinnen und Bewerber zur Wahl, die in den zuvor stattgefundenen Wahlgängen die meisten Ja-Stimmen erhalten haben, soweit sie ihre Wahlbewerbung nicht zurückziehen. Neue Bewerbungen sind unzulässig. Dabei stehen höchstens doppelt so viele Bewerberinnen bzw. Bewerber zur Wahl, wie noch Parteiämter bzw. Mandate zu besetzen sind, bei Stimmgleichheit der letzten Bewerberinnen bzw. Bewerber ausnahmsweise auch mehr. Ein Nachrücken in die Stichwahl an Stelle von Wahlbewerberinnen bzw. -bewerbern, die ihre Bewerbung zurückgezogen haben, ist nicht möglich. Gewählt sind die Bewerberinnen bzw. Bewerber mit den meisten Stimmen. Falls nach einem zuvor stattgefundenen Wahlgang so viele Wahlbewerbungen zurückgezogen werden, dass nur noch so viele Bewerbungen wie zu besetzende Funktionen übrig bleiben, ist statt einer Stichwahl ein weiterer Wahlgang aufzurufen.

Wahlbereiche zur Kommunalwahl am 25. Mai 2014



I	II	III	IV	V
5 71 Nördliche Neustadt, 5 72 Südliche Neustadt, 5 73 Westliche Neustadt, 5 74 Gewerbe Neustadt und 5 93 Nietleben	2 06 Landrain, 2 07 Frohe Zukunft, 2 21 Ortslage Trotha, 2 22 Industriegebiet Nord, 2 23 G.-Keller-Siedlung, 2 30 Giebichenstein, 2 31 Seeben, 2 32 Tornau, 2 33 Mötzlich, 5 81 Lettin, 5 82 Heide- Nord/Blumenau, 5 91 Kröllwitz, 5 92 Heide-Süd, 5 94 Dölauer Heide, 5 95 Dölau,	1 03 Nördliche Innenstadt, 2 04 Paulusviertel, 2 05 Am Wasserturm/ Thaerviertel, 3 08 Gebiet der DR, 3 09 Freimfelde/Kanenaer Weg, 3 10 Dieselstraße, 3 40 Diemitz, 3 41 Dautzsch, 3 42 Reideburg, 3 43 Büschdorf, 3 44 Kanena/Bruckdorf,	1 01 Altstadt, 1 02 Südliche Innenstadt, 4 11 Lutherplatz/Thüringer Bahnhof, 4 12 Gesundbrunnen, 5 90 Saaleaue	4 13 Südstadt, 4 14 Damaschkestraße, 4 51 Ammendorf/Beesen, 4 52 Radewell/Osendorf, 4 53 Planena, 4 60 Böllberg/Wörmlitz, 4 61 Silberhöhe
Bis zur Erstellung des Antragsheftes vorliegende Kandidaturen				
Bartsch, Erwin	Gernhardt, Dirk	Heinemann, Sarah	Böttcher, Marianne	Haupt, Ute
Deurling-Kalsow, Heike	Kieslich, Marcel	Knöchel, Swen	Nagel, Elisabeth	Krischok, Marion
Lange, Hendrik	Krimmling-Schoeffler, Anja	Krimmling, Renate	Trömel, René*	Rösler, Frank
Möbus, Daniel	Meerheim, Bodo	Lübbers, Henning		Röttschke, Jan
Schlüter-Gerboth, Frigga		Schramm, Rudenz*		
Plath, Manuela				
* Bewerbungsbogen fehlt noch				

Bewerbung zur Kommunalwahl am 25.05.2014

Wahlbereich: 1

Vorname, Name: Erwin Bartsch

geboren am: 30.01.1939

Mitglied DIE LINKE nein

Beruf/ Tätigkeit Dr. Phil. / Rentner



Kurzvorstellung

(persönliche Angaben, politische Schwerpunkte und Ziele)

Seit 1964 wohne ich in Halle, vor 40 Jahren zog ich mit ich meiner Familie nach Halle-Neustadt. Ich habe eine Tochter und zwei Enkelkinder.

Mein Berufsleben verbrachte ich bis zur „Wende“ als Wissenschaftler an der Martin-Luther- Universität in Halle.

In all den Jahren meines Lebens in Halle habe ich mich neben meiner wissenschaftlichen Tätigkeit auch immer aktiv eingesetzt für eine Stadt, in der es Freude macht zu wohnen und in der es auch Zukunftschancen gibt.

Ich möchte mich auch in den nächsten Jahren im Stadtrat für eine Kommunalpolitik einsetzen, die soziale Gerechtigkeit, Existenzsicherung sowie soziale und kulturelle Lebensqualität ins Zentrum ihres Bemühens stellt. Eine zukunftsfähige Stadt bedarf einer Kommunalpolitik, in der soziale Sicherheit, gleichberechtigte Teilnahme am öffentlichen Leben und Lebensperspektiven für alle Einwohner der Stadt entscheidende Handlungsimpulse sind.

Wie in den vergangenen Jahren wird für mich die Kultur in unserer Stadt auch in den nächsten Jahren einer der Schwerpunkte meiner kommunalpolitischen Aktivitäten sein. Dabei geht es mir nicht um eine Kultur für eine „elitäre“ Gruppe von Einwohnern, sondern um eine Kultur für alle, sowohl als Konsument als auch als Akteur und Produzent.

Ich setze mich für ein Stadtentwicklungskonzept ein, an dessen Gestaltung alle Einwohner aktiv teilnehmen können. Vor allem möchte ich dabei eine klare Perspektive für alle Stadtteile, verbunden mit einer lebensnotwendigen Infrastruktur, festgeschrieben haben.

In diesem Jahr wird der 50.Jahrestag der Grundsteinlegung von Halle-Neustadt gefeiert. Seit Jahrzehnten meines Lebens in Halle- Neustadt ist dieser Stadtteil für mich ein Ort geworden, in dem man sich wohl fühlen kann. Ich werde mich auch in Zukunft dafür einsetzen, dass dieser Stadtteil eine Perspektive haben wird, mit mehr an sozialer Sicherheit, mehr an kultureller Kommunikation und mehr Generationszusammenhalt.

Ich werde mich, wie auch schon bei vergangenen Festen, mit einigen Beiträgen an diesem Stadtteiljubiläum beteiligen.

Bewerbung zur Kommunalwahl am 25.05.2014

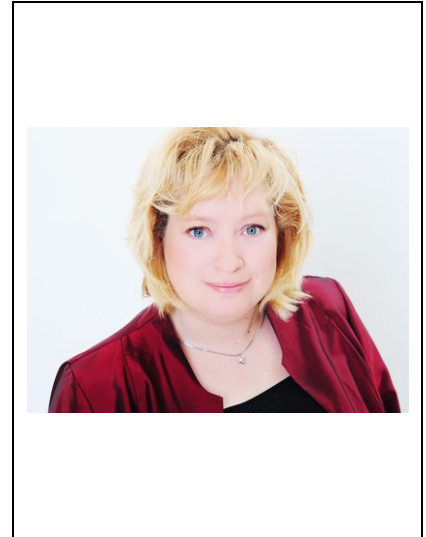
Wahlbereich: 1

Vorname, Name: Heike Deuerling-Kalsow

geboren am: 12.07.70

Mitglied DIE LINKE Ja

Beruf/ Tätigkeit Einzelhandelskauffrau



Kurzvorstellung

Ich bin seit 2008 Mitglied in der Partei Die Linke. Seit 2009 Sachkundige Einwohnerin im Bildungsausschuss u. habe mich seit 2009 im Stadtvorstand engagiert. Ich bin Gründungsmitglied der Bürgerinitiative Sozialticket Halle. Ich setze mich dafür ein das Mobilität für jeden Bürger erschwinglich wird. Des weiteren vertrete ich die Ansicht das der Bürger mehr Transparenz und mehr Mitspracherecht in der Kommunalpolitik hat. Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden und Haltestellen sowie eine solide Ausstattung der Schulen u. Bibliotheken sollten in einer Stadt wie Halle eine Selbstverständlichkeit sein. Mein Ziel ist es für den Bürger da zu sein und ihnen nach meinen Kräften zu Unterstützen, denn wir sollten für die Bürger da sein und Sie nicht für uns.

Bewerbung zur Kommunalwahl am 25.05.2014

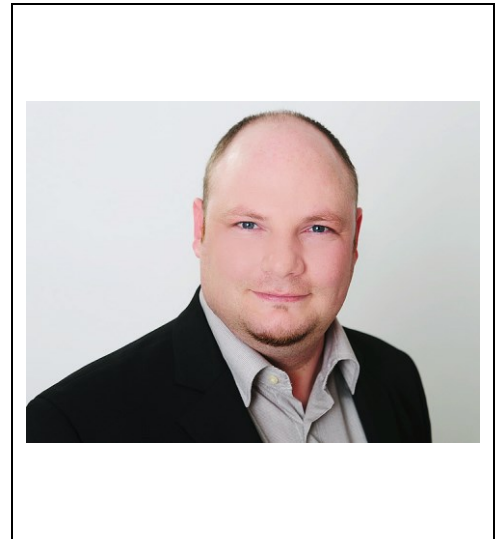
Wahlbereich: 1

Vorname, Name: Hendrik Lange

geboren am: 20. Januar 1977 in Quedlinburg

Mitglied DIE LINKE ja

Beruf/ Tätigkeit: Diplom Biologe/ Mitglied des Landtags



Kurzvorstellung

(persönliche Angaben, politische Schwerpunkte und Ziele)

Als ich 1996 zum Studium nach Halle gekommen bin, habe ich mich in diese Stadt verliebt. Halle ist eine lebendige und vielfältige Stadt, die reich an Kultur ist. Nicht zuletzt die vielen Grünflächen um die Saale aber auch in den Stadtteilen machen diese Stadt sehr schön. Das gilt in meinen Augen auch und gerade für Halle-Neustadt, wo ich seit 1996 lebe. Die Neustadt ist ein Stadtteil im Wandel. Und auch wenn dieser Wandel mit dem Verlust an EinwohnerInnen einhergeht, besteht hier ein unglaublich hohes Potential. Die bisherige Stadtentwicklung in Halle Neustadt zeigt übrigens auch, wie wichtig unsere kommunalen Wohnungsunternehmen, aber auch die stabilen Genossenschaften sind. Sie setzen Stadtentwicklung und Aufwertung an erster Stelle – eine Entwicklung, die es beizubehalten gilt. Deswegen müssen unsere kommunalen Unternehmen, seien es die Stadtwerke oder die Wohnungsgesellschaften in kommunaler Hand bleiben, damit sie die Daseinsvorsorge optimal sichern können.

Während meines Studiums habe ich mich sehr stark in der Studierendenschaft engagiert und bin 2002 in die PDS eingetreten. 2004 wurde ich das erste Mal in den Stadtrat und 2006 in den Landtag gewählt. Auf der Landesebene bin ich Fachsprecher für Hochschule und Wissenschaft. Hier haben wir in den letzten Jahren gekämpft, dass sich unsere Region als Wissenschaftsstandort weiterentwickeln kann. Die Proteste des letzten Jahres (besonders gegen die Schließung der Uniklinik) haben gezeigt, wie verbunden die HallenserInnen mit den traditionsreichen Wissenschaftseinrichtungen sind. Halle als Stadt der Wissenschaft schöpft sein ökonomisches aber auch demographisches Potential gerade aus der Uni, der Burg und den vielen außeruniversitären Instituten, sowie der Leopoldina. Diese gedeihliche Entwicklung gilt es fortzusetzen und die Kooperationsbeziehungen zu intensivieren.

In der Stadtratsfraktion bin ich stellv. Fraktionsvorsitzender und Bildungspolitischer Sprecher. Schulentwicklungsplanung darf nicht zum Geldsparkonzept verkommen. Vielmehr muss die Schullandschaft so entwickelt werden, dass alle Kinder und Jugendlichen optimale Bedingungen vorfinden. Kurze Wege für kurze Beine bleibt unser Motto für die GrundschülerInnen. Initiativen für längeres gemeinsames Lernen unterstützen wir ebenso, wie die Entwicklung hin zu einem inklusiven Bildungssystem.

Ich setze mich dafür ein, dass die DIE LINKE weiter Motor für eine soziale, ökologische und innovative Entwicklung unserer liebenswerten Stadt Halle bleibt.

Bewerbung zur Kommunalwahl am 25.05.2014

Wahlbereich: 01

Vorname, Name: Daniel Camilo Möbus

geboren am: 25.11.1990

Mitglied DIE LINKE Ja

Beruf/ Tätigkeit Student



Kurzvorstellung

(persönliche Angaben, politische Schwerpunkte und Ziele)

Liebe Genossinnen und Genossen,

mein Name ist Daniel, ich bin 23 Jahre alt und komme gebürtig aus Berlin. Seit 2010 lebe ich nun in Halle und studiere aktuell im 7. Semester Politikwissenschaft und Psychologie. Seit Sommer 2011 engagiere ich mich in der Universität in verschiedenen Gremien und bin so erst zum SDS und dann zur Partei gekommen und bin seit Mitte 2012 auch Parteimitglied.

Ich sehe mich selbst innerhalb der Partei in Halle als Bindeglied zwischen Partei und jungen Leute, vornehmlich von Studierenden. Im Stadtrat würde ich diese Position um die Dimension der Repräsentation und Artikulation der Studierenden in der Stadt erweitern wollen. Außerdem bin ich auch in die Universität hinein gut vernetzt und würde so gerne die Stadt und die Studierenden etwas näher zusammenbringen wollen. Leider ist mein Gefühl, dass Studierende nicht voll in die Stadt integriert sind, was natürlich zum Teil auch an den Studierenden liegt. Das heißt, andersherum möchte ich auch versuchen, junge Leute für die Belange der Stadt und der Kommunalpolitik zu begeistern und zu sensibilisieren.

Meine politischen Interessen liegen durch mein Studium natürlich bei der Bildungspolitik, aber ich bin für alle Themen offen.

Da sich bei einigen eventuell die Frage auftut, wie lange ich angesichts eines Studiums noch in Halle sein werde, möchte ich noch antworten, dass ich in frühestens 3 Jahren mein Studium abschließen werde und auch nach meinem Studium in Halle wohnen bleiben möchte.

Leider kann ich heute nicht anwesend sein, da ich zur Zeit ein Praktikum in Nicaragua absolviere und Anfang April wieder zu euch in den Wahlkampf stoßen werde.

Ich hoffe ihr habt einen kleinen Einblick zu meiner Person bekommen und würde mich über einen Listenplatz im Wahlbereich 01 (Neustadt-Nietleben) sehr freuen. In jedem Fall treffe ich aber ab April dann im Wahlkampf wieder zu euch.

Solidarische Grüße
Daniel

Bewerbung zur Kommunalwahl am 25.05.2014

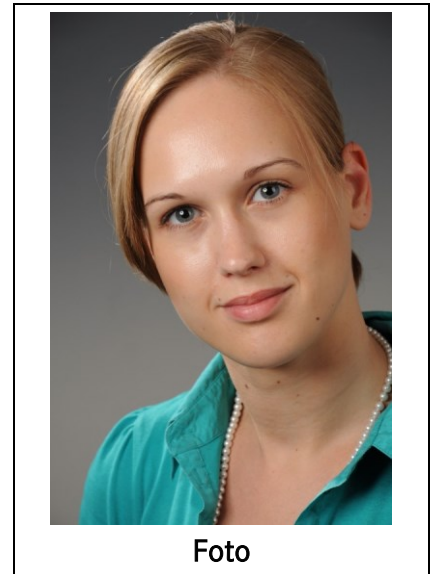
Wahlbereich: 1

Vorname, Name: **Manuela Plath**

geboren am: **03.01.1985**

Mitglied DIE LINKE Ja / nein

Beruf/ Tätigkeit **Controller**



Kurzvorstellung

(persönliche Angaben, politische Schwerpunkte und Ziele)

Hallo,

mein Name ist Manuela Plath. Ich bin zwar in Halle geboren, habe meine Kindheit und Jugend aber in einem kleinen Dorf im Burgenlandkreis verbracht. Mit 19 Jahren bin ich für mein BWL Studium zurück nach Halle gekommen. Während der Studienzeits habe ich es mir in Halle gut gehen lassen. Studiert, als Hilfskraft in verschiedenen Unternehmen in Halle gearbeitet, mich einem Sportverein angeschlossen, Familie und Freunde gefunden. Seit 2008 arbeite ich in Halle bei der S Direkt Marketing GmbH & Co.KG. Erst als Nebenjob zum Studium, nach meinem Diplomabschluss zum Jahresanfang 2012 als Controller. Im Sommer 2012 bin ich der Gewerkschaft Ver.di beigetreten um meine Kolleginnen und Kollegen in ihrem Arbeitskampf für einen Mindestlohn von 8,50€ zu unterstützen. Als Sprecherin der Tarifkommission habe die Tarifverhandlungen unterstützt, den Tarifvertrag aufgebaut und die Organisation der Streikaktivitäten übernommen. Nach vier Monaten war es geschafft und die S Direkt kann nun als Call Center in Deutschland einen Tarifvertrag mit einem Mindestlohn von 8,50€ vorweisen. Als Mitglied der ver.di Betriebsgruppenvorstandes habe ich mich nach dem Arbeitskampf um die erfolgreiche Umsetzung des Tarifvertrages bemüht. Es ist umso wichtiger nach einem erfolgreichen Arbeitskampf die gemeinsamen Ziele weiter zu verfolgen. So ist es bis heute. Natürlich war die Zeit danach nicht immer einfach aber an ein Verlassen der Firma und damit verbunden eine Entscheidung gegen den Wohnort Halle kam für mich nie in Frage. Halle ist mein Zuhause und was ich mir für mein Leben in Halle umgesetzt haben möchte ich auch anderen ermöglichen.

Bewerbung zur Kommunalwahl am 25.05.2014

Wahlbereich: 1

Vorname, Name: **Frigga Schlüter-Gerboth**

geboren am: **08.10.1950**

Mitglied DIE LIN-
KE **Ja**

Beruf/ Tätigkeit **Angestellte**



Kurzvorstellung

(persönliche Angaben, politische Schwerpunkte und Ziele)

- verheiratet, einen erwachsenen Sohn
- geboren in Halle
- seit 1967 wohnhaft in Halle-Neustadt
- seit 1997 sachkundige Einwohnerin im Planungsausschuss von 2005 bis 2009 Stadträtin im Stadtrat von Halle; verantwortlich für Inneres, Planen und Umwelt
- mehrere Wahlperioden Mitglied des Stadtvorstandes Halle Schatzmeisterin des Naturschutzbundes Deutschland Regionalverband Halle/Saalkreis
- Mitglied des Naturschutzbeirates der Stadt Halle

Meine Ziele:

- Stadtumbau für die Bewohner und nicht für die Autos
- Erhalt der historischen Gebäude, um der Stadt ihre Eigenheit zu bewahren
- Eine grüne Stadt gegen die Klimaerwärmung
- Schutz der Artenvielfalt
- Ja zur Provinz – nein zur Spießigkeit

Bewerbung zur Kommunalwahl am 25.05.2014

Wahlbereich: 2

Vorname, Name: Dirk Gernhardt

geboren am: 29.05.1985

Mitglied DIE LINKE ja

Beruf/ Tätigkeit: Angestellter



Liebe Genossinnen und Genossen,

mein Name ist Dirk Gernhardt und ich möchte mich bei euch für ein Mandat im Stadtrat bewerben. Ich bin 28 Jahre alt, Mitglied der Partei seit 2009 und seit letztem Dezember im Stadtvorstand der LINKEN Halle. Durch verschiedene Aktivitäten in den letzten Jahren – z.B. als Mitglied der Wahlbüros, bei Infoständen, Plakateaushängen, Flyerverteilen usw. – habe ich viele Einblicke in Wahlkämpfe aber auch in die Inhalte der Partei gewonnen. Drei Jahren besuche ich inzwischen die Stadtratsfraktions-sitzungen regelmäßig und seit einem Jahr bin ich Sachkundiger Einwohner im Rechnungsprüfungsausschuss. All das hat mich dazu veranlasst in den letzten Monaten immer wieder darüber nachzudenken, ob ich für den Stadtrat kandidieren möchte. Meine Arbeit in der Fraktion und im Ausschuss hat mich letztlich davon überzeugt.

Thematisch möchte ich mich insbesondere um die Themen Stadtentwicklung und Wirtschaftspolitik kümmern. Ich denke hier müssen wir unsere Ideen einbringen, um Halle zu gestalten.

Gerade sind wir in der Diskussion des Stadtentwicklungskonzept 2025 an der ich mich beteiligen möchte. Ich möchte darauf achten, dass kein Stadtteil bei der Stadtentwicklung vergessen wird. Halle kann nur in Gänze als Stadt funktionieren und genau hier möchte ich mich einbringen. Für die Stadtentwicklung sind die kommunalen Wirtschaftsunternehmen entscheidend, hier setzen wir direkt an um Daseinsvorsorge zu sichern und Arbeitsplätze zu erhalten. Deshalb lehne ich jede Form von Privatisierungen ab und werde mich für eine Kooperation kommunaler Unternehmen auch über die Stadtgrenzen hinaus einsetzen.

Ich möchte mich aber auch perspektivisch für eine bessere politische Zusammenarbeit mit dem Umland einsetzen, z.B. im Rahmen eines Regionalkreises, der die Stadt-Umland-Struktur für Halle zum Positiven verändern kann, aber auch über die Metropolregion mit Leipzig und Halle als wirtschaftlichen Zentren.

Als weiteres großes Ziel sehe ich für mich die Einführung eines fahrscheinlosen Nahverkehrs. Das wird uns nicht sofort gelingen, ich möchte aber dazu beitragen, ein gesellschaftliches und politisches Bewusstsein dafür zu entwickeln. Dafür muss aber auch die Attraktivität ausgebaut werden, damit wir zeigen können, dass es sich lohnt den ÖPNV anstelle von Autos zu benutzen. Bis es soweit ist, will ich mich für ein Sozialticket einsetzen, damit allen Menschen in Halle Teilhabe an gesellschaftlichem Leben möglich ist. Teilhabe ist allgemein ein wichtiger Punkt für mich und das möchte ich auch im Stadtrat deutlich machen. Nicht umsonst haben wir in unserem Programm beschlossen, dass wir uns für mehr Bürgerbegehren, -entscheide und allgemein mehr Beteiligung durch Foren und Bürgerumfragen beteiligen wollen. Dies ist mir ein besonderes Anliegen, da ich denken nur mit den Bürgerinnen und Bürgern können wir Halle gestalten.

Bewerbung zur Kommunalwahl am 25.05.2014

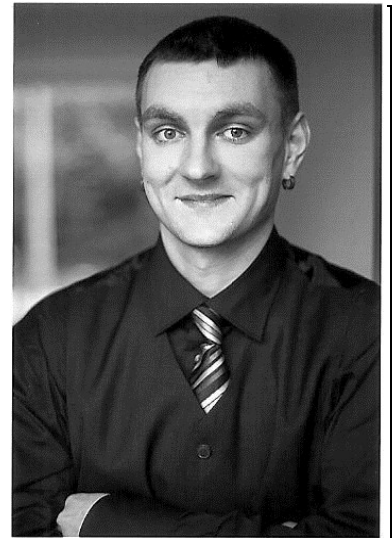
Wahlbereich: 2

Vorname, Name: **Marcel, Kieslich**

geboren am: **06.01.1983**

Mitglied DIE LINKE: **Ja**

Beruf/ Tätigkeit: **Diplom-Wirtschaftsjurist (FH)/ erwerbslos**



Kurzvorstellung

Persönliche Angaben:

- Mitglied der Partei DIE LINKE seit 11/2005
- Mitglied der Gewerkschaft ver.di seit 11/2000
- Mitglied im Stadtvorstand DIE LINKE Halle (Saale) seit 11/2011
- Ehrenamtlicher Richter am Amtsgericht Halle (Saale)
- Ehrenamtlicher Sozialberater von 06/2010 bis 12/2013

Politischen Schwerpunkte und Ziele:

- Einführung eines Sozialtickets für die Stadt Halle (Saale)
- Mobilitätskonzept für eine autoarme Stadt
- Erhalt und Weiterentwicklung des Halle-Passes
- Entwicklung kreativer Formen der Bürgerbeteiligung
- Unterschätzung der Kampagne „Bundeswehr raus aus den Schulen“
- Einsatz für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention
- Freies W-LAN in der ganzen Stadt
- Verlagerung der Einwohnerfragestunde
- Kritische Begleitung der Arbeit des Jobcenters
- Stärkung kommunaler Unternehmen
- Bewahrung der öffentlichen Daseinsfürsorge
- Sicherstellung der Beratungsstruktur in allen Sozialräumen

Bewerbung zur Kommunalwahl am 25.05.2014

Wahlbereich: 2

Vorname, Name: Dr. Bodo Meerheim

geboren am: 15.12.1959

Mitglied DIE LINKE Ja

Beruf/ Tätigkeit Geschäftsführer der
SKV Kita gGmbH



Kurzvorstellung

(persönliche Angaben ,politische Schwerpunkte und Ziele)

- wohnhaft in 06108 Halle (Saale), Große Ulrichstraße 19
- verheiratet, 2 Kinder
- seit 1994 im Stadtrat und seit 01.01.1995 Vorsitzender der Fraktion
- Aktuell Vorsitzender des Finanzausschusses, Mitglied im Hauptausschuss und Lenkungs- bzw. Personalausschuss, seit 1 Monat Mitglied im Bau- und Vergabeausschuss
- Vorsitzender des Aufsichtsrates der GWG und Mitglied im Aufsichtsrat der HWG
- Präsident des SV Union Halle-Neustadt e.V.
- Mitglied und Förderer verschiedener Vereine

Ich möchte meine persönlichen Erfahrungen als Stadtrat in den verschiedensten Funktionen einbringen, um das von uns gemeinsam erarbeitete Kommunalwahlprogramm mit umsetzen zu helfen. Kommunalpolitik leidet unter immer kleiner werdenden Spielräumen, insbesondere finanzieller Natur. Unsere Partei steht für soziale Gerechtigkeit, und ich will mit dafür Sorge tragen, dass dieses Grundprinzip unseres Handelns auch in der städtischen Haushaltspolitik, trotz der notwendigen Haushaltskonsolidierung, stets seinen Niederschlag findet.

Außerdem ist es ein vorrangiger Wunsch meiner Tätigkeit, zu verhindern, dass die beiden kommunalen Wohnungsgesellschaften komplett oder in Teilen an private Dritte veräußert werden sowie darum zu ringen, weitere drastische Mieterhöhungen in diesen Gesellschaften vor allem wegen des Drucks der städtischen Haushaltssanierung zu beenden bzw. diese nicht zustande kommen lassen.

Kurz:

Ich möchte meine Arbeit als Stadtrat in einer neuen, starken Fraktion gern fortsetzen und bitte Euch für die Umsetzung unserer gemeinsamen kommunalpolitischen Ziele um euer Vertrauen in meine Person.

Bodo Meerheim

Bewerbung zur Kommunalwahl am 25.05.2014

Wahlbereich: 2

Vorname, Name: Anja Krimmling-Schoeffler

geboren am: 02.07.1979

Mitglied DIE LINKE Ja

Beruf/ Tätigkeit Wahlkreismitarbeiterin
bei MdL Swen Knöchel



Kurzvorstellung

Ich bin Anja, und lebe seit 34 Jahren in Halle. Ich habe zwar ab und zu die Stadtteile gewechselt, bin aber meiner Heimatstadt immer treu geblieben. Ich bin Mutter eines 8jährigen Sohnes und seit einigen Jahren verheiratet.

Nach meinem Abitur habe ich das Studium der Agrarwissenschaften absolviert. Ich bin 2006 in die Linkspartei eingetreten. Auf der einen Seite wollte ich nicht nur reden, wie man es besser machen kann, sondern auch tun; und auf der anderen Seite war und ist die Linkspartei, die einzige Partei die Kriegseinsätze rigoros ablehnt und Frieden nicht mit Aufrüstung und Waffenexporten gleich setzt.

Ich arbeite nun seit fast drei Jahren als Wahlkreismitarbeiterin bei Swen Knöchel. Davor habe ich in einem Callcenter für die Sparkasse gearbeitet. In dieser Zeit habe ich auch mein berufsbegleitendes Studium zur „Verwaltungsbetriebswirtin“ begonnen und im Januar diesen Jahres erfolgreich beendet. Nun möchte ich mich einer neuen Herausforderung stellen -ich möchte Stadträtin werden.

Seit einiger Zeit bin ich Sachkundige Einwohnerin für die Linksfraktion im Wirtschafts- und Wissenschaftsausschuss. Dadurch sind mir die Aufgaben und Funktionsweisen des Halleschen Stadtrates durchaus bekannt und ich fühle mich dieser Verantwortung gewachsen. Ich arbeite gern auf kommunaler Ebene, da Erfolge und auch Misserfolge unmittelbare Auswirkungen haben und somit zeitnah sichtbar sind.

Ich wünsche mir eine Stadtratsfraktion, die Gleichberechtigung und Offenheit als Basis demokratischen Handelns sieht, die die Vielfältigkeit unserer Stadt widerspiegelt und diverse Perspektiven auf Dinge innerhalb des Stadtgeschehens zulässt

Für die Arbeit im Stadtrat ist es mein Ziel kommunale Politik glaubwürdig zu vertreten, für notwendige Veränderungen zu streiten und immer ein offenes Ohr für die Bedürfnisse meiner Mitmenschen zu haben.

Bewerbung zur Kommunalwahl am 25.05.2014

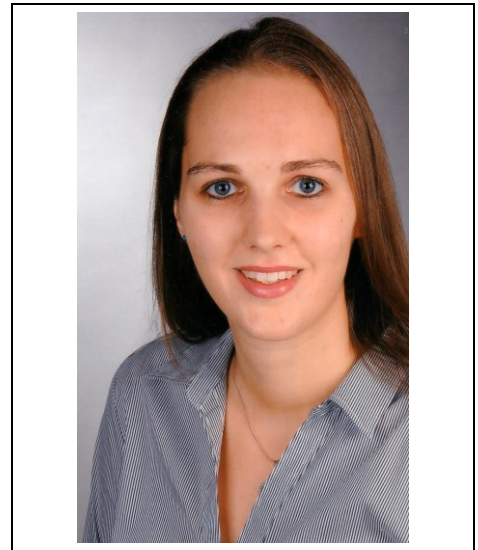
Wahlbereich: **3**

Vorname, Name: **Sarah Heinemann**

geboren am: **27.04.1988**

Mitglied DIE LINKE **Ja**

Beruf/ Tätigkeit **Studentin**



Kurzvorstellung

(persönliche Angaben, politische Schwerpunkte und Ziele)

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich bin Sarah Heinemann, gebürtige Hallenserin, Studentin an der Martin-Luther-Universität und Stipendiatin der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Im Mai beende ich mein Masterstudium der Sprechwissenschaft und daran anschließend werde ich in den nächsten Jahren promovieren und in Halle bleiben.

Während meines Studiums in Halle habe ich mich an Demonstrationen zum Erhalt der Hochschul- und Theaterlandschaft beteiligt und bin seit vielen Jahren an der Oper als Statistin tätig.

Im letzten Jahr konnte ich die Protestaktionen leider nur aus der Ferne beobachten und auch nicht persönlich mit Anpacken als Halle vom Hochwasser getroffen wurde. Aber jener Sommer wurde zum Auslöser um zu beschließen mich ab sofort stärker und aktiver politisch zu engagieren.

So trat ich im August 2013 der Partei Die LINKE bei und gehe seitdem zu den Treffen der Linksjugend. Sehr spontan entschied ich mich dazu für den Stadtvorstand zu kandidieren, wurde gewählt und engagiere mich seit November nun auch dort. Seitdem habe ich schon einen anschaulicheren Eindruck davon wie politisches Engagement aussehen kann.

Die Arbeit der Fraktion finde ich spannend und es interessiert mich sehr an direkten Entscheidungsprozessen und Problemlösungen die die Stadt betreffen teilhaben zu können - auch um zu verstehen, wie solche Prozesse funktionieren und warum manche Entscheidungen so getroffen werden wie sie es werden.

Darum möchte ich mich um eine Kandidatur zur Kommunalwahl am 25. Mai 2014 bewerben.

Bewerbung zur Kommunalwahl am 25.05.2014

Wahlbereich: 3

Vorname, Name: Swen Knöchel

geboren am: 22. Dezember 1973

Mitglied DIE LINKE Ja

Beruf/ Tätigkeit Dipl.-Finanzwirt / MdL



Kurzvorstellung

(persönliche Angaben, politische Schwerpunkte und Ziele)

Nach 5 Jahren Arbeit im Kommunalparlament, möchte ich mich erneut um eine Kandidatur als Stadtrat meiner Heimatstadt Halle, in der ich seit 40 Jahren lebe, bewerben.

Mein Arbeitsschwerpunkt im Rat war die städtischen Finanzen, die Beteiligungen der Stadt, sowie die Mitarbeit im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten. Wichtig war mir auch die Mitarbeit im Eigenbetriebsausschuss der halleschen Kindertagesstätten.

Diese Arbeit möchte ich fortsetzen, am Besten in einer gestärkten Stadtratsfraktion der LINKEN.

2012 war ich für DIE LINKE Oberbürgermeisterkandidat, auch wenn der Wahlantritt nicht erfolgreich war, die Ideen und Erfahrungen des Wahlkampfes waren für mich eine Bereicherung meiner Arbeit. Ich möchte, Euer Vertrauen vorausgesetzt, auch bei der nächsten Wahl noch einmal antreten.

Bewerbung zur Kommunalwahl am 25.05.2014

Wahlbereich: 3

Vorname, Name: Renate Krimmling

geboren am: 11.09.1954

Mitglied DIE LINKE Ja

Beruf/ Tätigkeit Steuerberaterin

Kurzvorstellung

Ich wohne seit vielen Jahren in Halle und habe Lieblingsecken und Orte, die ich mit Erinnerungen verbinde und an denen ich mich wohl fühle. Als meine drei Kinder noch klein waren, lebten wir in Halle-Neustadt und sind nach Büschdorf gezogen, als meine große Tochter aus dem Haus war. Nun schläft wenigstens mein Enkel ab und zu noch bei uns im Haus.

Ich bin ein Familienmensch und konnte meinen Mann und meine beiden Töchter überzeugen, dass wir ein Theater-Abonnement zusammen abschließen. Wir unterstützen somit die halleische Kultur seit Jahren und genießen fast jede Vorstellung.

Ich bin seit einiger Zeit BO-Vorsitzende in Halle-Ost und stehe somit auch im regelmäßigen Kontakt zur Basis und zum Stadtverband. Das gestattet mir einen Einblick auf die Dinge, die auf Stadtebene aktuell sind und wo Schwerpunkte gesetzt werden müssen.

Es gibt viele Dinge die mich interessieren und viele Dinge mit denen ich nicht einverstanden bin und darum hab ich mir die Entscheidung nicht leicht gemacht, das Für und Wider hält sich die Waage. Damit lasse ich mich von etwas anderem leiten: Jetzt und heute nicht nur meckern, sondern auch Verantwortung übernehmen.

Deshalb also ein klares „Ja“ zur Kandidatur für den Stadtrat. Und nun wo ich mich entschieden habe, ist es auch nicht mehr wichtig, dass ich vielleicht gewählt oder nicht gewählt werde...

Bewerbung zur Kommunalwahl am 25.05.2014

Wahlbereich: 3

Vorname, Name: Henning Lübbers

geboren am: 02.02.88

Mitglied DIE LINKE nein

Beruf/ Tätigkeit Bauzeichner



Kurzvorstellung

Hallo,

ich bin Henning Lübbers 26 und würde gerne als parteiloser Kandidat mit der Linken zusammen für den Stadtrat kandidieren. Ich bin seit 2009 aktiv in der Politikszene in Sachsen-Anhalt dabei, bis Ende 2013 allerdings noch bei der Piratenpartei. Dort habe ich aber gemerkt das mir das Parteiinterne Hix hak zu sehr auf die Nerven ging, daher bin ich dort ausgetreten. Ich konnte in der Zeit allerdings viele Dinge lernen und hatte die Möglichkeit praktische Erfahrung im Wahlkampf zu bekommen.

Meine politischen Schwerpunkte sind die Themenbereiche Bauen und Verkehr sowie allgemeine Haushaltslegung, wobei letzteres eher auf Grund der Tatsache das so ziemlich alles auch irgendwie finanziert werden muss. Ich möchte mich, sollte ich kandidieren können und sogar gewählt werden, in der Stadtratsfraktion der Linken um den Themenbereich Bauen und Verkehr kümmern. Dort sehe ich in Halle einige Missstände. Es gibt zum einen politische Entscheidungen die Baukosten in die Höhe treiben, bzw. Parteifreunden in die Tasche arbeiten und zum anderen gibt es Planungsstechnische Missstände insbesondere in der Kommunikation mit den Bürgern die von Baumaßnahmen betroffen werden.

Hier möchte ich Abhilfe schaffen und gerne erprobte Konzepte aus anderen Städten umsetzen sowie zusammen mit der Linken eigene Konzepte entwickeln, welche diese Umstände verbessern.

Als generelles Ziel als Stadtrat möchte ich die Kostensenkung und Einsparung von Geld anbringen. Dies soll nicht den Haushalt reduzieren, lediglich Geld bei bestimmten Dingen einsparen um diese in andere Projekte fließen zu lassen. Halle hat in meinen Augen kaum ein durchgängiges Konzept und ist außerordentlich inkonsequent was die Ausgaben angeht. Gerade im Bereich Bauen und Verkehr sticht dieses ins Auge schaut man sich nur einmal Oberflächenbefestigungen in Halle an. Ein Kunterbunter Misch der selbst nachdem neu gebaut wurde alt, grau und wenig einladend wirkt. Und dies soll nur ein kleines Beispiel sein.

Ich hoffe auf Ihre Unterstützung und würde mich freuen die Stadtratsfraktion als Stadtrat mit meinem Wissen und Fähigkeiten unterstützen zu können.

Bewerbung zur Kommunalwahl am 25.05.2014

Wahlbereich: 4

Vorname, Name: Marianne Böttcher

geboren am: 26.02.1964

Mitglied DIE LINKE ja

Beruf/ Tätigkeit Bibliotheksassistentin



Kurzvorstellung

(persönliche Angaben, politische Schwerpunkte und Ziele)

Alter ergibt sich aus der Angabe zum Geburtsdatum, verheiratet, einen Sohn
Seit 1987 Mitglied SED, dann SED-PDS, PDS, DIE LINKE

Wohlfühlkommune – das heißt für mich: Eine tolerante, weltoffene, menschenfreundliche, demokratische, inklusive, kulturvolle und leistungsstarke Kommune, in der jede und jeder gern lebt, sie gern besucht und gern wiederkommt oder bleibt.

Durch persönliche Erfahrung beschäftige ich mich schon seit längerer Zeit mit dem Thema Inklusiver Gesellschaft. Dieses Anliegen möchte ich auch in den haleschen Stadtrat tragen. Ob nun bei Planfeststellungsverfahren, Entwicklung neuer Möglichkeiten für eine rege Bürgerbeteiligung oder vielem mehr. Es sollte gelingen Inklusion von vornherein mit zu denken. Die Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention ist nicht nur als Kostenfaktor, sondern auch als Chance für alle Bevölkerungsgruppen mit oder ohne Einschränkungen zu begreifen. Um eine Gesellschaft inklusiv zu gestalten genügt es eben nicht, eine Rampe an eine Stufe zu stellen. Ich sehe eine meiner Aufgaben darin in der Kommune den Blick zu schärfen für die vielfältigen Möglichkeiten eine inklusive Gesellschaft zu gestalten.

Großes Interesse habe ich an der kulturellen Entwicklung unserer Stadt. Durch meine Arbeit werde ich nicht im Kulturausschuss der Stadt arbeiten können, möchte aber Kenntnisse in diesem Bereich trotzdem gerne der Fraktion zur Verfügung stellen.

Im Bündnis „Halle gegen Rechts-Bündnis für Zivilcourage“ engagiere ich mich insbesondere in der AG Ladenschluss, die sich nach Eröffnung eines Thor Steinar Ladens in Halle gegründet hat. Dass Halle als eine menschenfreundliche, tolerante Stadt wahrgenommen wird ist mir Herzensangelegenheit.

„Der Mensch wächst mit seinen Aufgaben“ – dieses Motto habe ich mir zu Eigen gemacht und bin also völlig offen für neue Herausforderungen, die eine Wahl in den haleschen Stadtrat mit sich bringen würde.

Bewerbung zur Kommunalwahl am 25.05.2014

Wahlbereich: 4

Vorname, Name: Elisabeth Nagel

geboren am: 11.03.1966

Mitglied DIE LIN-
KE Ja / nein

Beruf/ Tätigkeit Angestellte



Kurzvorstellung

(persönliche Angaben, politische Schwerpunkte und Ziele)

Ich bin seit 2004 im Stadtrat der Stadt Halle und kandidiere damit bereits zum dritten Mal.

Im derzeitigen Stadtrat bin ich Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Mitglied im Finanz- und im Hauptausschuss, Aufsichtsrätin bei den Stadtwerken und stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

In unserem Kommunalwahlprogramm haben wir die Kapitelüberschriften „Halle – eine Stadt der...“ gewählt.

Für mich ist Halle zu allererst Stadt im soziologischen Sinn. Über 200.000 Menschen leben auf sehr begrenzten Raum miteinander und jeder von ihnen hat eigene Interessen, die aus seiner Sicht vorrangig sein sollten. Ich versuche daran mitzuarbeiten, den Ausgleich dieser Interessen hinzubekommen und dabei Ansprüchen wie soziale Gerechtigkeit, Umweltfreundlichkeit, Transparenz der Entscheidungen gerecht zu werden, dabei auch noch Spaß zu haben und vielleicht auch ein bisschen zu verbreiten.

Bewerbung zur Kommunalwahl am 25.05.2014

Wahlbereich: 4
Vorname,
Name: René Trömel
geboren am: 10.07.1965
Mitglied DIE
LINKE Ja / ~~Nein~~
Beruf/ Tätig-
keit Sozialpädagoge / Schulsozialarbeiter



Kurzvorstellung

Liebe Genossinnen und Genossen,

seit 2009 bin ich als Stadtrat der Fraktion DIE LINKE tätig. Zu meinen Schwerpunkten in den letzten 5 Jahren gehörten die Kinder- und Jugendpolitik und die Bildungspolitik, für diese Themenschwerpunkte möchte ich auch erneut zur Kommunalwahl im Mai kandidieren.

Halle ist für mich eine lebenswerte Stadt, hier wurde ich geboren und hier konnte ich die Veränderungen und Wandlungen miterleben.

Eine zukunftsfähige Stadt ist Halle für mich, wenn Kinder und Jugendliche die Voraussetzungen finden, die sie für ihre Entwicklung brauchen und ihnen Perspektive zu bieten, alle Chancen zu nutzen.

Dazu gehört eine stabile, bedarfsgerechte und finanzierbare Versorgung mit KiTa-Plätzen;

Schulen, die mit ihrer Ausstattung, ihren finanziellen Budget und ihrem baulichen Zustand zum Lernen einladen;

der Erhalt bestehender Jugendfreizeit- und Familieneinrichtungen in den fünf Sozialräumen, die eine vielfältige und kontinuierliche Kinder- und Jugendarbeit ermöglichen und der ungehinderte Zugang zu Unterstützungsangeboten und sozialen Diensten.

Halle ist aber auch geprägt von sozialen Problemen, einer starken Abwanderung, hoher Arbeitslosigkeit und Jugendlichen ohne Perspektiven.

Ich möchte meine Erfahrungen und Kenntnisse in die Arbeit der Fraktion weiter einbringen, um mitzuhelfen diese Probleme zu lösen.

Durch meine Tätigkeit als Sozialpädagoge in Sozial-, Jugend- und Bildungseinrichtungen in unserer Stadt habe ich die Sorgen und Nöte von sozial Benachteiligten auf vielfältige Weise erfahren.

Die alltägliche Bürokratie, eine Flut von Regelungen und Gesetzen und ständige finanzielle Kürzungsabsichten, machen es den Betroffenen schwer. Hilfe durch Selbsthilfe kann so nicht umgesetzt werden.

Bildung – als Investition in die Zukunft – gewinnt in einer solchen Situation immer mehr an Bedeutung. Eigenverantwortlich ausgestattete und gestaltete Schulen, kurze Schulwege und sozial verträgliche Betreuungsangebote, sollten bei der Schulentwicklungsplanung stärker berücksichtigt werden.

Dabei ist die Kooperation von Kindertagesstätten, Schulen, freien Trägern der Jugendhilfe und der Verwaltung zu stärken und auszubauen.

Kleine Erfolge konnten wir in der vergangenen Wahlperiode bereits erreichen, so wurden die freien Stellen beim Allgemeinen Sozialen Dienst nach langen ringen endlich besetzt und somit die Situation der Betroffenen verbessert werden. Bei der Sanierung von Schulen konnten neue Schwerpunkte gesetzt werden, die nicht nur Gymnasien als bestandsfähige Schulen berücksichtigen.

Es gibt aber noch einiges zu tun und hier möchte ich mit Eurer Unterstützung weiter aktive Kommunalpolitik im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger der Stadt Halle mit der Fraktion gemeinsam gestalten.

Bewerbung zur Kommunalwahl am 25.05.2014

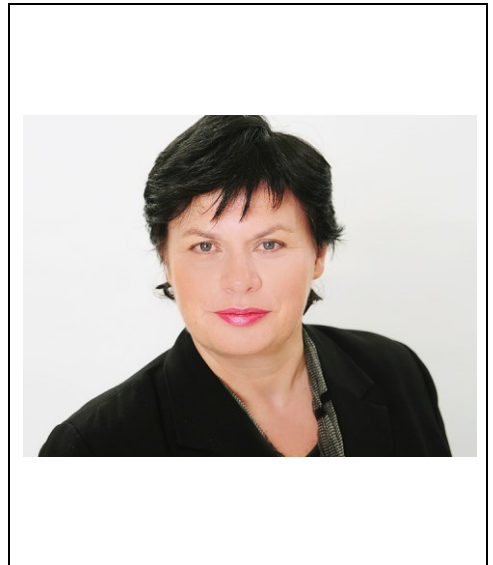
Wahlbereich: 5

Vorname, Name: Haupt, Ute

geboren am: 15.02.58

Mitglied DIE LINKE Ja

Beruf/ Tätigkeit: Geschäftsführerin der
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle
(Saale)



Kurzvorstellung

(persönliche Angaben ,politische Schwerpunkte und Ziele)

Halle ist eine wunderschöne Stadt.

Ihre Zukunft mit den Menschen , die hier leben zu gestalten, die Stadt noch lebens- und liebenswerter zu machen , ist nicht nur Herausforderung, sondern auch meine Vision.

Die Frage, wie wir die Lebenssituation für die hier lebenden Menschen in Halle (Saale) verbessern können und was getan werden muss, damit soziale Sicherheit mit attraktiver Lebensgestaltung vereinbar ist, prägen das Handeln linker Kommunalpolitik.

Ich möchte deshalb meine persönlichen Erfahrungen als Stadträtin, als Vorsitzende des Sozial-Gesundheits-und Gleichstellungsausschusses der Stadt Halle (Saale) und die durch die Arbeit in mehreren sozialen Netzwerken gewonnenen einbringen, um die Chancengleichheit für junge Leute, für SeniorInnen, MigrantInnen und Menschen, die von Transferleistungen leben müssen, zu verbessern. Dabei ist mir klar, dass die Handlungsspielräume für Kommunalpolitiker immer geringer werden!

Konkret heißt das u.a. für mich:

- die Umsetzung von Handlungsschwerpunkten gegen Kinderarmut und zunehmender Altersarmut in unserer Stadt;
- die Schaffung ausreichender Beratungs-Hilfs-und Präventionsangebote für Kinder, Jugendliche, Familien und SeniorInnen
- die Durchsetzung der Barrierefreiheit
- kreative Lösungen für die Gestaltung des öffentlichen Raumes- dazu gehören u.a. bezahlbarer Wohnraum, soziale Strukturen und Kommunikationsmöglichkeiten

Ich möchte meine Arbeit als Stadträtin in einem starken Team gern fortsetzen und bitte um euer Vertrauen und um eure Unterstützung.

Bewerbung zur Kommunalwahl am 25.05.2014

Wahlbereich: 5

Vorname Name: Marion Krischok

geboren am: 8. April 1953

Mitglied DIE LINKE Ja

Beruf/Tätigkeit Lehrerin



Kurzvorstellung

(persönliche Angaben, politische Schwerpunkte und Ziele)

Persönliches:

- Berufliche Tätigkeit bei einem privaten Bildungsträger im Berufs- und Sekundarschulbereich für die Fächer Informatik, Statistik und Physik in Naumburg, Magdeburg und Schönebeck
- 1994 bis 2004 Stadträtin und danach sachkundige Einwohnerin

Politische Schwerpunkte:

- Medien- und Kreativwirtschaft in Halle erhalten und weiterentwickeln
- Kommunale Unternehmen erhalten
- Vielfältige Kulturangebote als Bildungsmöglichkeit für alle Generationen sichern
- Spezifische Entwicklung aller Stadtteile gewährleisten
- Umfangreiche Beteiligungsmöglichkeiten bei allen die Bürgerinnen und Bürger betreffenden Angelegenheiten, wie z. B. Bürgerhaushalt, Stadtteilentwicklungs- und sicherheitskonzepte
- Ehrenamt fördern, wie z. B. in der Freiwilligen Feuerwehr, bei der DLRG, bei dem THW, in soziokulturellen Einrichtungen
- Halle als Bürgerkommune nicht nur zum Wohnen, sondern zum Leben, Arbeiten und Wohlfühlen, in der jede ihren und jeder seinen Interessen nachgehen kann

Bewerbung zur Kommunalwahl am 25.05.2014

Wahlbereich: **5**

Vorname, Name: **Frank Rösler**

geboren am: **06.08.89**

Mitglied DIE LINKE **Ja**

Beruf/ Tätigkeit **Student Philosophie/Wirtschaftswissenschaften**



Kurzvorstellung

(persönliche Angaben, politische Schwerpunkte und Ziele)

Liebe Genossinnen und Genossen,

Ich bin Frank Rösler und wurde vor 24 Jahren in der schönen Stadt Merseburg geboren, wo ich auch aufgewachsen bin. Vor nunmehr 3 Jahren hat es mich zwecks einer Ausbildung zum Kaufmann für Versicherungen und Finanzen nach Halle verschlagen. Nach dem erfolgreichen Abschluss meiner Ausbildung, arbeitete ich noch anderthalb Jahre als selbstständiger Versicherungsvertreter und entschloss mich im vergangenen Jahr dazu mich dem Studium der Philosophie und Wirtschaftswissenschaften zu widmen.

Ende 2011 fand ich auch meinen Weg zur Linksjugend ['solid], in der ich mich bis heute sowohl regional als auch bundesweit beteilige.

Nun will ich mein politisches Engagement auf kommunaler Ebene vertiefen, da diese Stadt mein Lebensmittelpunkt geworden ist und ich mich auch in Zukunft für ein lebenswertes Halle für alle Menschen in und um diese Stadt einsetzen möchte. Um mich auf die Herausforderungen eines Stadtrates einzustellen und vorzubereiten, habe ich im September ein einmonatiges Praktikum bei der Geschäftsführerin, der jetzigen Fraktion, Ute Haupt absolviert und kann nun mit Überzeugung sagen, dass ich mich für diese Aufgaben gewappnet fühle.

Für das Amt eines Stadtrates bringe ich vor allem Kompetenzen im Bereich Wirtschaft mit. Nichtsdestotrotz habe ich nicht vor allein auf diesem Bereich zu beharren, da meine Interessen mit Umwelt- und Tierschutzfragen, Flüchtlingspolitik, Inklusionsproblematiken und vielem mehr sehr vielschichtig sind. Vor allem will ich mich aber für Partizipation von benachteiligten Menschengruppen auf allen Ebenen stark machen, da ich überzeugt bin, dass nur durch Vielfalt, Toleranz und Solidarität ein buntes, menschliches und offenes Halle entstehen und bestehen kann.

Aus diesem Grund hoffe ich auf euer Vertrauen und eure Stimme.

Bewerbung zur Kommunalwahl am 25.05.2014

Wahlbereich: 5

Vorname, Name: Jan Röttschke

geboren am: 26.05.1987

Mitglied DIE LINKE Ja

Beruf/ Tätigkeit **Student für Geschichte und Politikwissenschaft**
Nebentätigkeit als Verkäufer bei REWE



Kurzvorstellung

(persönliche Angaben, politische Schwerpunkte und Ziele)

Hallo,

mein Name ist Jan Röttschke, ich bin 26 Jahre alt und ursprünglicher Hallenser. Zurzeit studiere ich hier in Halle Geschichte und Politikwissenschaft auf Bachelor im 3. Semester. Zuvor machte ich eine Ausbildung zum Kaufmann im Einzelhandel und holte mein Abitur 2012 nach. Seit Juli 2012 bin ich sowohl Mitglied der Partei Die LINKE, wie auch der parteinahen Linksjugend Solid, in der auch der Schwerpunkt meiner politischen Arbeit liegt.

Ich vertrete die Auffassung, dass der Bereich der politischen Bildung immer wichtiger für eine moderne Gesellschaft wie der unsrigen wird. Gerade in Zeiten von immer umfangreicheren und immer schneller zugänglichen Informationen, ist es notwendig, dass Menschen das System in dem sie leben grundlegen überschauen und durchdringen können. Daher engagiere ich mich im Bereich der politischen Bildung vorrangig bei jungen Menschen, da ich der Meinung bin, dass mit der politischen Aufklärung schon im Jugendalter begonnen werden sollte. Dadurch hoffe ich, dass sich die Menschen und ihr politischen System besser reflektieren und dadurch erfolgreicher an ihm partizipieren können.

Durch einen möglichen Einfluss im Stadtrat hoffe ich stärker an der Mitgestaltung der kommunalen Politik mitwirken zu können, aber auch von ihr zu lernen. Dabei sind mir nicht nur die Bereiche der Bildung für Kinder und Jugendliche wichtig, sondern auch soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit, Integration und Problemfelder die vor allem in der jüngsten Vergangenheit für Aufsehen gesorgt haben. So zum Beispiel die Kulturbeschneidung durch die Landesregierung, aber auch die Einschränkung von freizugänglichen öffentlichen Plätzen, wie beim Bau des neuen Golfplatzes am Hufeisensee. Ich hoffe, dass ich dazu beitragen kann, dass der Stadtrat jünger wird und somit kommunale Politik auch für die jungen Generationen noch interessanter wird.